



## Stadtparlament

9201 Gossau  
www.stadtgossau.ch  
info@stadtgossau.ch



---

# Beschluss-Protokoll

**Amtsdauer 2005 - 2008**

## 7. Sitzung

**Dienstag, 06. Dezember 2005, 17.00 bis 21.30 Uhr, Fürstenlandsaal Gossau**

Vorsitz Urs Kempfer (CVP)

Anwesend Stadtparlament 30 Mitglieder

Entschuldigt ---

Anwesend Stadtrat 6 Mitglieder

Entschuldigt Madeleine Stuker

## Traktanden

07.01 Voranschläge und Steuerfuss 2006

07.02 Neue Parlamentarische Vorstösse

## 07.01

### Voranschläge und Steuerfuss 2006

Grundlage ist der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 27. Oktober 2005 mit folgenden Anträgen:

1. *Die Voranschläge für das Jahr 2006 der Stadtwerke mit einem Ertragsüberschuss von 332'650 Franken, des Altersheimes Espel mit einem Aufwandüberschuss von 157'720 Franken und des städtischen Haushaltes mit einem Aufwandüberschuss von 1'171'890 Franken werden genehmigt.*
2. *Die Steuersätze für das Jahr 2006 werden wie folgt festgelegt:  
Gemeindesteuer 127 % (wie bisher)  
Grundsteuer 0,6 % (wie bisher)*
3. *Die Feuerwehrabgabe wird nach Feuerschutzreglement und kantonalem Tarif erhoben und beträgt 10 Prozent der einfachen Steuer vom Einkommen, höchstens aber 200 Franken.*

## Eintretensdiskussion

**Gallus Hälg (SVP, Präsident der Geschäftsprüfungskommission,** unterbreitet den Bericht der GPK.

„Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen!“ Ein Leitsatz aus der Gossauer Stadtentwicklung – am 15. Juni 2001 durch den Stadtrat verabschiedet und anlässlich der Sitzung vom 5. Februar 2002 durch das Stadtparlament beschlossen. Ein Leitsatz, den ich, aber auch meine Kommissionskolleginnen, im Zusammenhang mit unseren Fragen zum vorliegenden Voranschlag 2006 vom Stadtrat öfters zitiert erhielten. Ein Leitsatz also, der das vorliegende Budget 2006 massgeblich prägt! Die Ausgaben richten sich nach den Einnahmen, oder anders ausgedrückt die Stadt Gossau kann und darf nicht mehr ausgeben als sie auf der Ertragsseite einnimmt. Ob dieser Leitsatz im Budget 2006 nun wirklich eingehalten wurde, darauf möchte ich gerne im Verlaufe meines Votums eingehen.

Auch dieses Jahr möchte es die GPK nicht unterlassen, dem Stadtpräsidenten Alex Brühwiler, dem Stadtrat und auch dem Finanzamt, im Speziellen Heinz Loretini, für die aufwendige und seriöse Budgetarbeit zu danken.

Die GPK hat den vorliegenden Voranschlag 2006 eingehend geprüft. Hierzu hat sich die GPK nicht nur auf die Einzelpositionen konzentriert, sondern auch immer versucht das Gesamtbild zu betrachten. Wir achteten auf Ausgewogenheit und bezogen die Überlegungen des Stadtrates sowie die wirtschaftliche Nachhaltigkeit mit ein. Wir hatten und haben uns von folgenden Grundsätzen leiten zu lassen:

Die Gesetzmässigkeit

Das Haushaltsgleichgewicht

Die Sparsamkeit

Die Wirtschaftlichkeit

Die Nachhaltigkeit der Investitionen

Die Verursacherfinanzierung bzw. das Verbot der Zweckbindung der Hauptsteuern

### Gesamtbetrachtung

Für das Jahr 2006 budgetiert der Gossauer Stadtrat in der Laufenden Rechnung bei einem Gesamtaufwand von CHF 81,5 Mio. und einem Gesamtertrag von CHF 80,4 Mio. ein Defizit von CHF 1,17 Mio. Ja genau, Sie haben richtig gehört: ein Defizit! Wie ist denn dies nun möglich, hat sich doch der Stadtrat beim Budgetieren vom eingangs erwähnten Leitsatz leiten lassen. Oder hat er doch nicht? Doch er hat, denn das nun vorliegende Defizit wurde von Seiten des Stadtrates ganz bewusst mit einer Sonderabschreibung von CHF 1,8 Mio. auf den Schuliegenschaften erzielt.

Warum dieses Vorgehen? Die Stadt Gossau weist in der Bestandesrechnung, seit bereits einigen Jahren unverändert, eine Reserve für zukünftige Aufwandüberschüsse von rd. CHF 12,3 Mio. aus. Wie es der Name dieser Konto-Position schon sagt und was auch das Handbuch des Rechnungswesen der öffentlichen Haushalte bestätigt, darf diese Reserve nur durch budgetierte Defizite aufgelöst werden. Um nun einen Abbau dieser Reserve zu er-

zielen, beantragt der Stadtrat im kommenden Jahr in der Laufenden Rechnung einen Aufwandüberschuss in Kauf zu nehmen. Diese Sonderabschreibung macht auch in Anbetracht der anstehenden grösseren Neuinvestitionen sehr wohl Sinn. Mittels dieser Sonderabschreibung kann nämlich der künftige Abschreibungsbedarf um jährlich CHF 180'000 pro Jahr verringert werden. Auch die GPK erachten die Defizit-Budgetierung und der somit resultierende Abbau der dafür vorgesehenen Reserve angesichts der Begründung des Stadtrates als folgerichtig. Sie unterstützt den stadträtlichen Antrag einen Aufwandüberschuss für das Jahr 2006 zu genehmigen.

Liebe Parlamentskolleginnen und –kollegen, die Stadt Gossau stehen vor ein paar sehr investitionsintensiven Jahren. Dies wird uns sehr anschaulich im Finanzplan dargestellt:

im 2007 rd. CHF 26,6 Mio. Investitionen

im 2008 rd. CHF 22,2 Mio. Investitionen

Im Konkreten handelt es sich hier um Investitionen in das Oberstufenzentrum Buechenwald, in die übrigen bereits bestehenden Schulbauten, in das Altersheim, in das Regionale Pflegeheim und in das Feuerwehrdepot – um hier nur einige zu nennen.

Ingesamt ein Investitionsvolumen, welches dazu führt, dass im Jahre 2010 in unserer Bestandesrechnung das Fremdkapital auf über CHF 100 Mio. ansteigen wird – vorausgesetzt, dass keine Steuererhöhung erfolgt. Eine Verschuldung, die für die Stadt Gossau inakzeptabel ist. Man bedenke, dass bei dieser Entwicklung im 2010 der Zinsaufwand rund 10 Steuerprozent, d.h. über CHF 3 Mio. pro Jahr absorbieren würde. Mit dieser weitsichtigeren Optik ist nun der Voranschlag 2006 mit ganz anderen Augen zu betrachten.

Dieser Ausgangslage war sich der Stadtrat bei der diesjährigen Budgetierung sehr wohl bewusst. Ersichtlich wird dies bei der Betrachtung der Einzelpositionen, bei denen immer wieder der Sparwille spürbar wird. Das soll nicht heissen, dass da und dort im vorliegenden Voranschlag nicht noch weiteres Potenzial für kostensenkende Massnahmen zu finden ist. Dies schliesst auch der Stadtrat nicht aus (so zu entnehmen aus dessen Ausführungen im Bericht und Antrag vom 27. Oktober 2005). Die GPK sieht es aber nicht als ihre Aufgabe an, zu Handen des Parlamentes Zusatzanträge zu formulieren, sei dies durch Kürzungen oder sogar Streichungen von einzelnen Positionen. Dies ist Sache der anschliessenden politischen Detail-Diskussion und auch in der Verantwortung des Parlamentes.

Die Frage nach möglichen Kürzungen oder Streichungen werden meistens immer nur bei den anstehenden Investitionen gestellt, aber gerade bei den Ausgaben in der Laufenden Rechnung haben Anpassungen nach unten per sofort einschneidende Wirkungen auf den Cash Flow und infolgedessen auch auf den Selbstfinanzierungsgrad unserer Stadt. Aufgrund der Aufstellung über die Beeinflussbarkeiten (im Voranschlag am Schluss angefügt) ist ersichtlich, dass auch in der Laufenden Rechnung insgesamt rd. CHF 6,27 Mio. kurzfristig und hiervon nochmals rd. CHF 3,08 Mio. (also rund die Hälfte davon) sogar stark beeinflussbar ist – ein Anteil von fast 4 Prozent des budgetierten Gesamtaufwandes 2006.

In der anschliessenden Detail-Debatte, so bitten ich Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, wollen Sie sich von folgenden zentralen Fragen leiten lassen:

Welche (allenfalls nachhaltige) Wirkung, resp. welchen Nutzen erzielen wir mit dieser Investition oder Aufwendung in der Zukunft?

Und was verliert die Stadt Gossau bei Streichung, Kürzung oder Aufschiebung dieser Investition oder Aufwendung?

Im Weiteren könnte man hier nun die Frage stellen, ob es wirklich sinnvoll war den Steuerfuss im Frühjahr 2004 von 130% auf 127% zu senken. In einem Geldbetrag ausgedrückt, handelt es sich bei diesen 3 Steuerprozenten ja doch um knapp CHF 1 Mio.! Der Stadtrat hat bewusst darauf verzichtet, dem Parlament eine „Rückführung“ dieser 3 Steuerprozent zu beantragen. Warum wohl? Ich verzichte hier auf die Beantwortung und verweise auf die Budget-Sitzung vor zwei Jahren sowie auf den eingangs mehrfach erwähnten Leitsatz.

### **Bemerkungen zur Artengliederung**

Insgesamt nehmen die Aufwendungen, ohne die Einlagen in Spezialfinanzierungen, Interner Verrechnungen und Abschreibungen, da diese durch die Sonderabschreibung so oder so eine markante Erhöhung erfahren, um 3,39% zu (in CHF rd. 2,1 Mio.). Der wesentlichste Anstieg ist im Personalaufwand zu finden. Gerade beim Personal der Stadtverwaltung erfährt das Budget einen Anstieg von 4,25% oder anders ausgedrückt von CHF 390'000. Dieser Aufwand wird mit Ausrichtung des Teuerungsausgleichs, der individuellen Lohnerhöhung sowie Anpassungen im Stellenplan begründet. Ersichtlich ist auch, dass bei der Stellen-Neubesetzung qualifiziertes Personal benötigt wird, welches so die Personalkosten ansteigen lässt. Auch die Personalversicherungsbeiträge steigen an, hierfür sind sowohl die Beiträge für die Überbrückungsrente sowie der Beitrag zur Eliminierung der Deckungslücke der Pensionskasse massgebend.

### **Bemerkungen zur Funktionalen Gliederung**

Bei der Betrachtung der Laufenden Rechnung nach der Funktionalen Gliederung ist erkennbar, dass

das Ressort Bildung wieder einen massiven Anstieg des Nettoaufwandes gegenüber dem Budget 2005 aufweist (plus CHF 2,35 Mio.);

interessanterweise in die beiden Ressorts Gesundheit und Soziale Wohlfahrt im Vergleich zu den Vorjahren sehr moderate Anstiege zu erwarten sind.

### **Investitionsrechnung**

Für das Jahr 2006 sind Investitionen von insgesamt CHF 10,75 Mio. (nach Bezüge der Vorfinanzierungen) geplant. Ein Investitionsvolumen, welches im Vergleich zu den Vorjahren wieder etwas tiefer ausfällt. Auffallend ist, dass bei nicht weniger als 20 Investitionsvorhaben dem Parlament eine separate Vorlage unterbreitet wird. Auch aus diesem Grunde ist erkennbar, dass inskünftig die einzelnen Investitionsvorhaben in deren finanziellen Grösse und deren Tragweite für die Stadt Gossau beachtlich werden.

Die GPK erlaubt sich bei der Investitionsrechnung zwei Anmerkungen anzubringen:

Bei der Position 1711 „Kanalisation“ wird für sämtliche geplanten Investitionen – Gesamtbaukosten CHF 3,71 Mio. – ein Bezug aus der Spezialfinanzierung budgetiert. Diese Investitionen würden demnach ohne Aufnahme von weiterem Fremdkapital zu zahlen sein, was eigentlich auch dem Grundgedanken einer Spezialfinanzierung im Bereich des Abwassers entspricht und auch den viel zitierten Leitsatz unterstreicht. Ein Bezug in dieser Höhe ist jedoch gar nicht möglich, da, wie in der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2004 ersichtlich, diese Reserve aus Grund- und Mengengebühren einen Bestand von nur knapp CHF 1,6 Mio. ausweist. Unter der Berücksichtigung, dass in diesem Jahr sowie im 2006 noch Bezüge aus dieser Reserve für die Laufende Rechnung budgetiert sind, wird also eine Abdeckung der Investitionen so oder so unmöglich sein. Die Differenz in den Kanalisations-Investitionen muss somit zwangsläufig durch einen Fremdkapital-Bezug oder einen massiven Anstieg der Tarife finanziert werden. Daher resultiert auch der im Voranschlag ausgewiesene intern verrechnete Zinsaufwand im Konto 3931 unter 1711 „Kanalisation“ (Seite 52 im Voranschlag), welcher gegenüber dem Vorjahr um sage und schreibe CHF 364'000 (plus 221,95%) zunimmt.

Die GPK möchte mit dieser Bemerkung auf keinen Fall das Budget in Frage stellen, erhofft sich aber, dass sich der Stadtrat hinsichtlich der anstehenden Diskussion betreffend Tarifneugestaltung im Bereich des Abwassers intensiv Gedanken macht, wie in der Zukunft die anstehenden Kanalisationsbauten der Stadt Gossau finanziert werden sollen.

Im Bericht und Voranschlag wird von Seiten des Stadtrates von einer Nettoinvestitionssumme von insgesamt CHF 10,75 Mio. gesprochen, d.h. es werden Gesamtausgaben von CHF 15,26 Mio. veranschlagt und mit Einnahmen von CHF 4,51 Mio. verrechnet. Da es sich aber bei diesen Einnahmen ausschliesslich um Bezüge aus Vor- und Spezialfinanzierungen handelt, ist die Wahl der Bezeichnung „Nettoinvestitionen“ nicht korrekt, weil der Investitionsbereich mit dem Bereich der Finanzierung vermischt wird. Beim Betrag von CHF 10,75 Mio. handelt es sich eigentlich um das fremd zu finanzierende Investitionsvolumen (die fehlende Spezialfinanzierung im Bereich Abwasser einmal nicht berücksichtigt).

Auch hier möchte die GPK nicht den Anschein erwecken, dass das Budget in dessen Qualität massiv leidet. Eine „saubere“ Trennung zwischen Investitions- und Finanzierungsbereich ergibt aber – und dies unweigerlich – einen noch schlechteren Selbstfinanzierungsgrad für die Stadt Gossau. Dies sollte und darf das Parlament wissen, so unsere Meinung.

Zur Beseitigung solcher nicht ganz passenden Bezeichnungen und auch zur Verbesserung der Aussagekraft im Bereich der Investitionen und deren Finanzierung schlägt die GPK die Einführung einer Mittelflussrechnung vor. Mittels dieser Rechnung wären dann der genaue Nachweis der Finanzierung und der zu beschaffenden Fremdkapitalien möglich.

### **Stadtwerke**

Infolge der Umstellung auf den KMU-Kontenplan ist ein Vergleich mit dem Vorjahresbudget beim vorliegenden Voranschlag der Stadtwerke nicht mehr möglich, daher wurde auf das Aufführen von Vergleichszahlen verzichtet. Die Stadtwerke Gossau erwarten auch im kommenden Jahr einen Gewinn von voraussichtlich rd. CHF 330'000, dies bei gleich bleibender Abgabe von CHF 1,8 Mio. an die Stadt Gossau sowie einer sofortigen Abschreibung der neu erworbenen RWSG-Aktien von CHF 350'000.

### **Finanzplan 2006-2010**

Zum ebenfalls erhaltenen Finanzplan 2006-2010 wird sich die GPK im Detail nicht äussern, da dieser vom Parlament nur zur Kenntnis genommen werden kann. Umfassend betrachtet, erlaubt sich aber die GPK den Finanzplan als wichtiges und sehr seriös erstelltes Hilfsmittel zu würdigen. Gerade die graphischen Aufzeichnungen, sowie die kurzen und trotzdem aussagekräftigen Kommentare sind lobenswert. Vermisst wird lediglich – auch im letzten Finanzplan fehlend – eine Aufzeichnung möglicher Finanzierungsmassnahmen.

Aufgrund dieser Ausführungen und vor allem in der Gesamtbetrachtung, welche für unsere Kommission massgeblich war, stellt Ihnen, meine Damen und Herren, die GPK daher einstimmig folgende Anträge:

#### *1. Eintreten*

*Die GPK beantragt auf die Voranschläge 2006 einzutreten.*

#### *2. Beschlussfassung*

*Die Voranschläge des städtischen Haushaltes, der Stadtwerke und des Altersheims Espel für das Jahr 2006 seien unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge zu genehmigen.*

*Der Steuerfuss für das Jahr 2006 sei auf 127 % der einfachen Steuer festzusetzen.*

*Der Grundsteuersatz für das Jahr 2006 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.*

*Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens CHF 200 betragen.*

**Hubert Füllemann (FDP)** weist auf die aufgezeigten Entwicklungen im Finanzplan hin. Würden die Investitionen so realisiert, würde der Selbstfinanzierungsgrad auf 10 % sinken, die Verschuldung auf CHF 100 Mio. steigen, und die Zinslast 10 Steuerprozent beanspruchen. Bei jeder Investition ist die finanzielle Tragbarkeit der Folgekosten zu bedenken. Die Konsumausgaben müssen nachhaltig gesenkt werden. So wäre zu prüfen, ob das Altersheim künftig privat geführt werden kann. Derzeit werden mehr Ausgaben budgetiert, als die Wirtschaft wächst, z.B. bei den Personalausgaben. Die kurzfristig beeinflussbaren Ausgaben von 3 Mio. Franken müssen auf Einsparpotenzial geprüft werden. Der Stadtrat ist eingeladen, die Strukturen und Aufgaben zu hinterfragen und die möglichen Einsparungen zu realisieren. Insgesamt legt der Stadtrat ein gutes Budget vor, die FDP beantragt Eintreten.

**Benno Koller (SVP)** erachtet die vorgesehene Sonderabschreibung von CHF 1.8 Mio. als sinnvoll. Der Stadtrat hat bei der Budgetierung gute Arbeit geleistet. Der Personalaufwand steigt mit 2.9 % stark an, auch wegen der beschlossenen Überbrückungsrente. Für die Pensionskasse erwartet er vom Stadtrat eine Prüfung des Leistungsprimates und einen allfälligen Kassenwechsel. Die Ausgaben bei der Bildung steigen um CHF 2.3 Mio. Sind Kosten und Nutzen hier verhältnismässig? Die Auflistung der beeinflussbaren Kosten wird begrüsst. Die massiv zu-

nehmende Verschuldung kann so nicht hingenommen werden. Das Budget 2006 ist unter diesem Aspekt zu betrachten, es sind korrigierende Massnahmen zu ergreifen. Möglicherweise sind weitere Steuersenkungen verknüpfbar, auf einen Antrag wird indessen verzichtet. Er appelliert, die nötigen und die wünschbaren Ausgaben strikte zu trennen und den noch folgenden Detailanträgen der SVP zu folgen. Auf das Budget sei einzutreten.

Er stellt für die Detailberatung folgenden Antrag:

*Die SVP-Fraktion beantragt dem Parlament, dass sämtliche Beträge, welche infolge durch das Parlament beschlossenen Kürzungen und Streichungen – inklusive des zu korrigierenden Zinsaufwandes bei Kürzungen und Streichungen in den Investitionsvorhaben – resultieren, vollumfänglich und zusätzlich zur geplanten Sonderabschreibung auf den Schulbauten hinzu gerechnet werden. Das budgetierte Defizit 2006 von CHF 1'171'890 bleibt somit unverändert.*

**Claudia Meier-Uffer (FLiG)** dankt dem Stadtrat für die verbesserte Darstellung des Budgets. Die Fraktion steht hinter dem Budget und dem beantragten Steuerfuss von 127 %. Gossau bleibt bei den steuergünstigsten Gemeinden. Die frühe Verabschiedung des Budgets durch den Stadtrat verhindert, dass neueste Erkenntnisse einfließen können. Der Sparwille des Stadtrates ist im Budget erkennbar. Die Zusatzabschreibung von CHF 1.8 Mio. auf Schulliegenschaften wird begrüsst. Sie beantragt Eintreten.

**Albert Lehmann (CVP)** anerkennt die Bestrebungen des Stadtrates, Aufwand und Ertrag im Gleichgewicht zu halten. Das vorliegende Budget ist akzeptabel, gründet aber auf Mehrerträgen, nicht auf Einsparungen. Sorge macht der Finanzplan 2006-2010. Die Zinsen und Abschreibungen steigen stark und engen den Spielraum ein. Der übrige Aufwand wächst stärker als der Gesamtertrag, der Personalaufwand stärker als die Wirtschaft, damit steigt die Staatsquote. Er sieht Handlungsbedarf bei den internen Verrechnungen von CHF 9 Mio. Hier wäre zu prüfen, welche Leistungen günstiger extern eingekauft werden können. Beim Stellenplan ist die Frage offen, ob der Anstieg vorübergehend oder dauernd ist. Der Stadtrat ist eingeladen, die Frage der Pensionskasse zu prüfen, und den automatischen Teuerungsausgleich zu hinterfragen. Bei den Kanalbauten ist feststellbar, dass die Mittel für die Finanzierung kleiner sind als der Bedarf. Hier müssen die Abgaben rechtzeitig geplant werden, um die Finanzierung zu sichern. Das gleiche gilt für den bevorstehenden Bau des Feuerwehrdepots. Der Steuervorteil der Stadt muss erhalten bleiben. Der Stadtrat wird eingeladen, die angesprochenen Punkte anzugehen und die nötigen Vorlagen zu unterbreiten. Auf das Budget ist einzutreten.

**Stefan Schmid (SP)** weist auf die bevorstehenden grossen Investitionen hin, welche allerdings schon länger bekannt sind. Ob die Reduktion des Steuerfusses um 3 % vor zwei Jahren weise war, muss offen bleiben. Der Sparwille des Stadtrates ist im Budget spürbar, weiteres Sparen kaum denkbar. Der Bürger erwartet eine Leistung. Das Streichen von Investitionen wäre zu Lasten von künftigen Generationen. Eine gewisse Verschuldung der Stadt ist in Kauf zu nehmen. Er beantragt Eintreten.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** freut sich, dass der Finanzplan als Führungsinstrument erkannt wurde. Bei Anträgen für Streichungen oder Kürzungen sind die Wirkungen zu prüfen. Der Einbau einer Mittelflussrechnung dürfte schwierig sein. Bei der Beurteilung des Ausgabenwachstums ist zu berücksichtigen, wo der Grund liegt. Der Anstieg ist vor allem im nicht beeinflussbaren Bereich, wie Beiträge Sonderschulen, Ergänzungsleistungen AHV/IV, Sozialhilfe, Krankenkassenprämien für Bedürftige, Bildung, Unterbringung von Jugendlichen in Heimen, Bevorschussung von Alimenten. Die Personalausgaben sind innerhalb von 5 Jahren moderat um total 3.2 % gestiegen. Im Bereich Bildung ist der Personalaufwand um 1 % gestiegen. Bei den Stadtwerken/Stadtverwaltung ist zu berücksichtigen, dass die Sportanlagen, die Entsorgung und die öffentliche Beleuchtung seit 2 Jahren im Stadthaushalt enthalten sind. Der Anstieg bei der Stadtverwaltung beträgt 9.43 %. Zu berücksichtigen sind die vom Parlament beschlossenen Personalkosten für Schulinformatik, die personelle Aufstockung der Jugendberatung sowie bei Tiefbauamt und Hochbauamt. Der Personalaufwand läuft nicht aus dem Ruder. Aufwand entsteht nur, wo Begehrlichkeiten vorhanden sind. Der Stadtrat hat in der Mehrjahresplanung vorgesehen, die Anstellungsbedingungen des Personals zu überprüfen.

## Detailberatung Investitionsrechnung Stadtwerke

**Benno Koller (SVP)** wehrt sich gegen die CHF 100'000 für die Erdgastankstelle im **Konto 3904**. Im Kanton hat es nur 100 Gasfahrzeuge. Eine Tankstelle ist in Winkeln und Oberbüren vorhanden. Der Betrieb einer solchen Anlage soll dem freien Markt überlassen werden. Wenn lediglich ein Industriebetrieb sich die Umrüstung der Lastwagen überlegt, ist es nicht Aufgabe der Stadt, eine Tankstelle zu errichten. Er stellt folgenden Antrag: *Beteiligung an Erdgastankstelle ist zu streichen.*

**Hans Züst (FDP)** stellt im Namen der Fraktion den gleichen Streichungsantrag. Er bezweifelt das Bedürfnis für eine solche Tankstelle. Die Errichtung einer Tankstelle ist nicht Aufgabe der Stadt.

**Trudi Weibel (FLiG)** möchte agieren, nicht reagieren. Die Kundschaft für eine solche Anlage wird wachsen. Gas ist eine saubere Alternative zu Erdöl. Sie unterstützt diese zukunftsgerichtete Investition.

**Stefan Schmid (SP)** unterstützt das unternehmerische Handeln der Stadtwerke. Die Erdölpreise werden weiter steigen. Eine Erdgastankstelle ist eine Investition in einen zukunftsträchtigen Markt.

**Ruedi Zingg (CVP)** erinnert, dass das Stadtparlament die Verselbständigung der Stadtwerke befürwortet hat. Mit dem Streichungsantrag würde in die operative Tätigkeit der Stadtwerke eingegriffen. Er unterstützt die weit-sichtige Investition.

**Hanspeter Fröhlich (SVP)** unterstützt die Streichungsanträge der SVP und FDP.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** bestätigt, dass erst wenig Erdgasfahrzeuge verkehren. Solche Fahrzeuge werden aber nur gekauft, wenn auch Tankstellen vorhanden sind. Der Kunde soll entscheiden, was sich bewährt.

**Benno Koller (SVP)** möchte nicht im Umkreis von einem Kilometer zwei Erdgastankstellen errichten.

**Stefan Schmid (SP)** weist darauf hin, dass eine Tankstelle für Lastwagen, nicht nur für PW vorgesehen ist.

### Abstimmung über den Antrag SVP/FDP

Der Streichungsantrag wird mit 14 Ja zu 15 Nein bei einer Enthaltung abgelehnt.

## Detailberatung Laufende Rechnung Stadtwerke

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** möchte im **Konto 60000** die Kosten für die Neugestaltung der Kundenzone einsparen. Das Betriebsgebäude der Stadtwerke ist noch zu neu für einen solchen Umbau. Er stellt folgenden Antrag: *Der Betrag von CHF 96'500 für die Neugestaltung der Kundenzone ist zu streichen.*

**Benno Koller (SVP)** unterstützt den Streichungsantrag. Bei lediglich 0-2 Kunden pro Tag ist diese Investition nicht gerechtfertigt. Er stellt folgenden Antrag: *Auf den Umbau der Schalterhalle kann verzichtet werden. Daher ist das Konto 60 im CHF 96'500 zu kürzen.*

**Stefan Schmid (SP)** möchte auf diesen Eingriff in die operative Tätigkeit der Stadtwerke verzichten.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** möchte mit dem Umbau den Personaleinsatz in den Stadtwerken optimieren. Das Gebäude ist nicht optimal gebaut worden.

### Abstimmung über den Antrag SVP/FDP

Der Antrag wird mit 15 Ja zu 14 Nein bei einer Enthaltung angenommen.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** stellt einen Streichungsantrag zu **Konto 66010**. Er will auf den Betrag von CHF 100'000 für Innovationsprojekte verzichten. Gossau ist bereits eine Vorzeigestadt und benötigt keine weiteren Projekte. Er stellt folgenden Antrag:

*Der budgetierte Betrag von CHF 100'000 ist zu streichen.*

**Ruedi Zingg (CVP)** findet Streichen kein Patentrezept. Er lehnt den Antrag ab.

**Albert Lehmann (CVP)** unterstützt Innovationsprojekte. Die Forschung muss ohnehin vom Bezüger bezahlt werden. Beispielsweise kann mit dem beantragten Kredit die Produktion erneuerbarer Energie aus Biomasse geprüft werden.

**Trudi Weibel (FLiG)** unterstützt zukunftssträchtige Energieformen und lehnt den Streichungsantrag ab.

**Stefan Schmid (SP)** möchte den Stadtwerken den nötigen Handlungsspielraum gewähren und lehnt den Streichungsantrag ab.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** orientiert, dass die Industrie auf die Stadtwerke zugekommen ist, um die Bioentsorgung zu lösen. Auch die Stadt hat ein Problem mit der Feldrandkompostierung im Espel. Der Innovationskredit könnte ein Ansatz zur Problemlösung sein.

#### **Abstimmung über den Antrag SVP/FDP**

Der Streichungsantrag wird mit 10 Ja zu 19 Nein bei einer Enthaltung abgelehnt.

## **Detailberatung Laufende Rechnung Altersheim Espel**

Keine Diskussion

## **Detailberatung Investitionsrechnung Städtischer Haushalt**

**Benno Koller (SVP)** möchte im **Konto 1070.5036** auf den Umbau des Rathausvorplatzes verzichten, der Platz genügt den Ansprüchen noch. Beim Rathaus stehen weitere Renovationsarbeiten an, z.B. bei den Fenstern. Das Geld soll dort nachhaltiger investiert werden. Er stellt den Antrag:

*Dieses Konto mit CHF 100'000 ist für das Budget 2006 zu streichen.*

**Hans Züst (FDP)** möchte den Vorplatz verbessern. Der Vorplatz ist der erste Eindruck für die Rathausbesucher und ist auch für die Besucher des Fürstenlandsaales wichtig. Die Kreditposition soll im Budget bleiben.

**Albert Lehmann (CVP)** findet die Vorplatzsituation nicht schön. Mit dem Schneiden der Magerwiese wäre aber schon viel erreicht. Er unterstützt den Streichungsantrag.

**Fredi Zahner (FLiG)** möchte die Gelegenheit nutzen, den Rathausvorplatz gefälliger zu machen. Ein Rathausvorplatz darf schön sein.

**Stadtrat Kurt Züblin** weiss, dass der Rathausvorplatz uneben ist und Stolpergefahr besteht. Ziel ist auch, die Rollstuhlrampe zu verbreitern, damit Kleintransporter eine Zufahrt erhalten. Ein Detailprojekt besteht noch nicht.

#### **Abstimmung über den Antrag SVP**

Der Streichungsantrag wird mit 15 Ja zu 13 Nein bei 2 Enthaltungen angenommen.

**Claudia Martin (SVP)** möchte, dass zum **Konto 1217** zuerst ein Nutzungskonzept vorgelegt wird, bevor die Planung für Schulhausumbauten beginnt. Die Projektierung der Umbauten eilt nicht, da der Entscheid für das neue OZ Buechenwald erst in der 2. Jahreshälfte 2006 fallen wird. Sie stellt folgende Anträge:

*5047 Schulanlage Lindenberg: Dieses Konto mit CHF 80'000 ist für das Budget 2006 zu streichen.*

*50410 Schulanlage Rosenau: Dieses Konto mit CHF 500'000 ist für das Budget 2006 zu streichen.*

*50413 Schulanlage Haldenbühl: Dieses Konto mit CHF 100'000 ist für das Budget 2006 zu streichen.*

*50412 Sporthalle Buechenwald. Dieses Konto mit CHF 170'000 ist für das Budget 2006 zu streichen.*

**Kurt Rindlisbacher (FDP)** unterstützt die ersten 3 Streichungsanträge. Er möchte erst nach dem Entscheid über den Kredit für das OZ Buechenwald über diese Kreditanträge entscheiden. Zusätzlich stellt er folgenden Antrag: *Die Projektierungskredite für jedes durch den Auszug der Realschule betroffene Schulhaus sollen nach der Genehmigung des OZ Buechenwald nochmals als separate Vorlagen dem Parlament präsentiert werden. Diesen Vorlagen ist ein Raumkonzept für die entsprechenden Schulhäuser beizulegen, das klare Aussagen bezüglich künftiger Nutzung und Raumeinteilung der Schulhäuser macht.*

**Alfred Zahner (FLiG)** unterstützt die Streichungsanträge.

**Stefan Schmid (SP)** unterstützt, dass zuerst ein Konzept vorliegen muss, und dann projektiert werden soll. Er unterstützt die Streichungsanträge mit Ausnahme desjenigen zu Konto 1217.50412 Sporthalle Buechenwald.

**Patrick Scheiwiller (CVP)** empfiehlt, den Streichungsantrag für die Sporthalle Buechenwald abzulehnen. Die Heizungsanlage ist nicht mehr auf die aktuelle Situation ausgerichtet.

**Claudia Martin (SVP)** weiss, dass die Heizungssanierung der Sporthalle Buechenwald derzeit nicht nötig ist.

**Ruedi Zingg (CVP)** erinnert, dass die Sanierung der Heizung schon im Budget 2005 eingesetzt ist. Die Anlage ist 23 Jahre alt.

**Schulratspräsident Markus Sprenger** bestätigt, dass für die Sporthalle Buechenwald im Budget 2005 ein Betrag für Abklärungen eingesetzt ist. Davon sind CHF 30'000 verbraucht. Die Gefahr für einen Ausfall dieser Heizung ist vorhanden. Der Ersatz ist auf die Sommerferien 2006 geplant. Bei den Planungskrediten für die 3 erwähnten Schulhäuser ist der Stadtrat davon ausgegangen, dass der Entscheid über das OZ Buechenwald in der 1. Jahreshälfte gefällt wird, und die Planungskredite für die 3 Schulhäuser dann ausgelöst werden können. Bei einer separaten Parlamentsvorlage für diese 3 Kredite ist die Vorlaufzeit zu beachten. Das gewünschte Nutzungskonzept wird mit der Vorlage für das OZ Buechenwald vorgelegt. Der Stadtrat widersetzt sich den Streichungsanträgen für die 3 Schulhäuser nicht.

**Kurt Rindlisbacher (FDP)** möchte über die 3 Projektierungskredite eine separate Abstimmung im Parlament führen, weil die Projektierungskredite hohe Baukredite auslösen werden.

**Abstimmung über den Antrag 5047 Schulanlage Lindenberg CHF 80'000:**

Der Streichungsantrag wird mit 30 Ja zu 0 Nein angenommen.

**Abstimmung über den Antrag 50410 Schulanlage Rosenau CHF 500'000:**

Der Streichungsantrag wird mit 30 Ja zu 0 Nein angenommen.

**Abstimmung über den Antrag 50413 Schulanlage Haldenbühl CHF 100'000:**

Der Streichungsantrag wird mit 30 Ja zu 0 Nein angenommen.

**Abstimmung über den Antrag 50412 Sporthalle Buechenwald CHF 170'000:**

Der Streichungsantrag wird mit 8 Ja zu 22 Nein abgelehnt.

**Abstimmung über den Zusatzantrag FDP für separate Vorlagen:**

Der Antrag wird mit 21 Ja zu 9 Nein angenommen.

**Hans Ulrich Rusch (SVP)** will im **Konto 1610** auf definitive Massnahmen zur Verkehrsberuhigung auf Staatsstrassen verzichten. Mit einfachen Massnahmen sollen vorerst Erfahrungen gesammelt werden. Wenn die Massnahmen erfolgreich sind, würde ein zusätzlicher Kredit sicherlich gewährt. Er beantragt:

*Das Konto ist um CHF 500'000 auf CHF 140'000 zu kürzen.*

**Patrick Scheiwiler (CVP)** fragt, ob Rückerstattungen seitens Kantons zu erwarten seien, und ob für den Antrag der SVP ein Spielraum besteht.

**Claudia Meier-Uffer (FLiG)** möchte mit Massnahmen auf der St. Gallerstrasse nicht zuwarten. Es sollen nicht zuerst Provisorien gebaut werden. Viele Gemeinden haben solche Verkehrsberuhigungsmassnahmen bereits realisiert. Wenn der Kredit gestrichen würde, könnte das der Stadtentwicklung den Kopf kosten.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** weist darauf hin, dass mit dem Kredit ein Versuch eingerichtet werden soll. Beiträge des Kantons an einen solchen Versuch sind nicht zu erwarten. Bei einer Streichung des Betrages wäre ein Versuch im Jahre 2006 nicht möglich.

**Abstimmung über den Antrag 1610 Staatsstrassen (-500'000)**

Der Antrag wird mit 7 Ja zu 23 Nein abgelehnt.

**Peter Bernhardsgrütter (CVP)** möchte in **Konto 1620.5010** die Baukosten für die Gerenstrasse streichen. Da nicht ganz ausgeschlossen ist, dass die Ringstrasse Bestandteil der neuen Zentrumsquerung wird, käme der Gerenstrasse eine besondere Bedeutung zu. Sie könnte als Fortsetzung der Zentrumsquerung genützt werden. Er beantragt:

*Die Erneuerung der Gerenstrasse sei zurückzustellen. Die Erkenntnisse der Vernehmlassung der Stadtentwicklung sowie der weitere Verlauf der Verkehrsplanung seien für einen Um- oder Ausbau der Gerenstrasse mit einzubeziehen.*

**Hans Ulrich Rusch (SVP)** stellt zum **Konto 1620** den Antrag für einen Globalkredit. Die SVP unterstützt ein intaktes Strassennetz, stellt aber fest, dass das Budget regelmässig höher ist als die effektiven Ausgaben. Verzögerungen führen dazu, dass der gesprochene Kredit jeweils nicht beansprucht wird. Der Globalkredit ist um etwa 20 % tiefer als der beantragte Investitionskredit, sollte indessen ausreichen. Der Stadtrat kann die Prioritäten innerhalb des Globalkredites selbst setzen. Sollten die Erfahrungen positiv verlaufen, würde die SVP auch künftig Globalkredite beanspruchen. Er stellt folgenden Antrag:

*Für das Konto 1620 wird anstelle des Kredites von CHF 2'170'000 ein Globalkredit von CHF 1.75 Mio. gewährt.*

Für den Fall, dass der Antrag nicht angenommen würde, stellt die SVP folgende Streichungsanträge:

*Im Konto 1620 sind folgende Ausführungen aus dem Budget 2006 zu streichen:*

- 1. Gerenstrasse (Abschnitt Flawilerstrasse – Wilerstrasse) CHF 165'000*
- 2. Bächigenstrasse (Abschnitt Schützenhaus – Gemeindegrenze) CHF 185'000*
- 3. Verkehrsberuhigungen CHF 142'000*

**Claudia Meier-Uffer (FLiG)** unterstützt die Rückstellung des Kredites für die Gerenstrasse. Die Erkenntnisse aus der Stadtentwicklung sollen abgewartet werden. Sie beantragt:

*Der Kredit von CHF 165'000 für die Erneuerung der Gerenstrasse (Abschnitt Flawilerstrasse – Wilerstrasse) im Konto 1620.5010 soll ersatzlos gestrichen werden.*

**Patrick Scheiwiler (CVP)** möchte ebenfalls die Bächigenstrasse noch nicht ausbauen. Die Strasse genügt den heutigen Anforderungen, und angrenzend an die Strasse sind Bauvorhaben vorgesehen, welche die Strasse wieder beschädigen könnten.

Die CVP-Fraktion stellt sich gegen einen Globalkredit für die Strassenbauten. Der Stadtrat könnte andere Prioritäten setzen als das Parlament, das Parlament sollte seine Steuerungsmöglichkeit nicht preisgeben.

**Alfred Zahner (FLiG)** erkundigt sich nach der rechtlichen Möglichkeit von Globalkrediten.

Für **Stadtpräsident Alex Brühwiler** kommt es drauf an, was unter Globalkredit verstanden wird. Hat der Stadtrat den Kredit ohne Auflagen zur Verfügung? Voraussichtlich ist eine Änderung der Gemeindeordnung nötig, welche die Rahmenbedingungen festlegt. Aus heutiger Sicht müsste der Antrag abgelehnt werden.

**Stadtrat Kurt Züblin** nimmt Stellung zu den Streichungsanträgen. Bei der Bächigenstrasse und der Gerenstrasse könnte der Stadtrat mit den gestellten Anträgen leben. Der Stadtrat hat in der Legislaturplanung vorgesehen, jährlich ein Quartier vom Verkehr zu beruhigen. Dieser Kreditbetrag sollte deshalb im Budget drin bleiben. Ein Globalkredit wird nicht unterstützt, das Parlament soll weiterhin über die einzelnen Strassen entscheiden können.

**Roland Seiler (SVP)** fragt an, warum für Verkehrsberuhigung CHF 142'000 budgetiert sind. Diese können auch mit günstigen Signalisationen realisiert werden.

**Stadtrat Kurt Züblin** orientiert, dass die Tempo 30 Zonen jeweils mit Eingangstoren versehen werden und z.B. Trottoirs durchgezogen werden. Es sind ähnliche Massnahmen vorgesehen wie im Quartier Hofegg oder Sonnenbühl. Zum Teil sind auch Belagsarbeiten in den Kosten eingeschlossen.

#### **Abstimmung über den Antrag 1620 Gemeindestrassen (Globalkredit)**

Der Antrag wird mit 7 Ja zu 23 Nein abgelehnt.

#### **Abstimmung über den Antrag 1620.5010 Gerenstrasse**

Der Streichungsantrag wird mit 30 Ja zu 0 Nein angenommen.

#### **Abstimmung über den Antrag 1620.5010 Bächigenstrasse**

Der Streichungsantrag wird mit 30 Ja zu 0 Nein angenommen.

#### **Abstimmung über den Antrag 1620.5010 Verkehrsberuhigung**

Der Streichungsantrag wird mit 10 Ja zu 20 Nein abgelehnt.

**Hans Hälg (SVP)** beantragt zum **Konto 1623.5010** die Streichung des Kredites für den Parkplatz Bedaschulhaus. Der eingekieste Platz kann noch weiter benutzt werden, eine Asphaltierung ist nicht nötig. Die Ausgabe ist nicht zwingend. Er stellt folgenden Antrag:

*Dieses Konto von CHF 100'000 für den Ausbau des Parkplatzes Bedaschulhaus ist für das Budget 2006 zu streichen.*

**Marianne Federer (FLiG)** widersetzt sich diesem Antrag. Der Platz ist seit dem Abbruch des Schulhauses kein Vorzeigeobjekt. Die Fachgeschäfte sind auf Parkplätze angewiesen, diese sollen jetzt realisiert werden.

**Kurt Rindlisbacher (FDP)** findet den Kosteneinsatz von CHF 100'000 unnötig. Der heutige Parkplatz kann mit geringen Investitionen als provisorischer Parkplatz hergerichtet werden. Auf der St.Gallerstrasse werden mit dem Stadtentwicklungskonzept auch Kundenparkplätze geschaffen. Er beantragt:

*Der Kredit von CHF 100'000 für den Bau des Parkplatzes auf dem Areal des ehemaligen Bedaschulhauses ist zu streichen.*

**Trudi Weibel (FLiG)** findet die heutige Situation nicht schön. Mit der definitiven Gestaltung des Kreisels Gröbliplatz wird der Platz besser einsehbar. Die 50 neuen Parkplätze haben die Gossauer Fachgeschäfte verdient.

**Benno Koller (SVP)** möchte das Gelände weiter als Gratis-Parkplatz nutzen, aber auf eine Sanierung verzichten. Vor einer definitiven Gestaltung soll abgewartet werden, was die Stadtentwicklung bringt.

**Ruedi Zingg (CVP)** wünscht, dass die Kunden der Fachgeschäfte parkieren können, ohne dass sie schmutzige Schuhe bekommen. Der Parkplatz nun soll entsprechend hergerichtet werden, damit sie den Kunden zur Verfügung stehen.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** weist darauf hin, dass das Parlament den Kredit für die Sanierung des Parkplatzes im Budget 2005 frei gegeben hat, sich die Realisierung aber verzögert hat. In der Vernehmlassung zum Stadtentwicklungskonzept ist die Gestaltung des Zentrums ein grosses Anliegen, aber auch die Bereitstellung von Parkplätzen. Er beantragt, den Kreditbetrag im Budget zu belassen.

**Roland Seiler (SVP)** möchte die Parkplätze weiterhin ohne Bewirtschaftung.

#### **Abstimmung über den Antrag 1623 Parkplatz Bedaschulhaus**

Der Streichungsantrag wird mit 12 Ja zu 18 Nein abgelehnt.

Das Stadtparlament beschliesst an dieser Stelle einer Verlängerung der Sitzung über 20.00 Uhr hinaus.

**Ernst Ziegler (SVP)** weist zu **Konto 1711** darauf hin, dass die Reserven nicht ausreichen, um die anstehenden Investitionen im Bereich der Kanalisationen zu finanzieren. Nach dem Verursacherprinzip sind die Tarife für die Abwasserentsorgung sofort zu erhöhen. Um keine weitere Verschuldung zu verursachen, beantragt die SVP einen Rahmenkredit von CHF 2.5 Mio. Damit können sämtliche Bauvorhaben über Gebühren finanziert werden. Er stellt folgenden Antrag:

*Das Konto 5010 „Baukosten“ ist für das Budget 2006 von CHF 3'710'000 auf CHF 2'500'000 zu reduzieren. Der Betrag von CHF 2'500'000 ist als Rahmenkredit zu sprechen, d.h. das Parlament überträgt dem zuständigen Stadtrat die Kompetenz, im Bereich der Kanalinvestitionen nach seinen Fachkenntnissen die Priorität und Notwendigkeit der einzelnen geplanten Bauvorhaben zu bestimmen.*

**Ruedi Zingg (CVP)** möchte, dass das Parlament weiter über die einzelnen Objekte in der Investitionsrechnung entscheiden kann. Einen Globalkredit lehnt er ab.

**Stefan Schmid (SP)** hört schon die Rufe nach Investitionen, wenn das nächste Hochwasser vorbei ist. Auch zum Schutz des Grundwassers ist es nötig, dass die Kanäle laufend unterhalten werden. Er lehnt den Antrag der SVP deshalb ab.

**Patrick Scheiwiler (CVP)** ist einig, dass die Zinsen für die Abwasserfinanzierung nicht zu Lasten der Stadt gehen sollen. Für Kanalisationen soll nur ausgegeben werden, was schon eingenommen ist.

Er fragt an, wie sich bei den Gewässerverbauungen (**Konto 1750**) die eingesetzten Rückfinanzierungen zusammensetzen, und ob ein Perimeter erhoben wird.

**Stadtrat Kurt Züblin** erläutert, dass beim Arneggerbach ein Perimeter vorgesehen ist. Die Geschäfte werden dem Parlament noch separat vorgelegt.

Zum Konto 1711 führt er aus, dass ein Modell für die neuen Gebühren in Arbeit ist. Die Erhöhung dürfte stark ausfallen und wird nicht einfach zu realisieren sein. Die Kanalbauprojekte werden dem Stadtparlament separat vorgelegt. Das Parlament wird zu jedem Kanal Stellung nehmen können.

**Abstimmung über den Antrag Globalkredit CHF 2.5 Mio.**

Der Antrag wird mit 6 Ja zu 21 Nein abgelehnt (3 Mitglieder abwesend).

**Detailberatung Laufende Rechnung Städtischer Haushalt**

**Stefan Lenherr (CVP)** sorgt sich um den Werterhalt der Liegenschaften der Schule (**Konto 12170**). In der Regel sollten jährlich 2 % des Liegenschaftenswertes für Unterhaltsarbeiten aufgewendet werden. Sparen in diesem Bereich könnte teuer werden.

**Kurt Rindlisbacher (FDP)** verzichtet auf einen Antrag zu **Konto 12170**, wünscht indessen, dass im Budget 2007 die Pausenplatzgestaltung für das Schulhaus Haldenbühl vorgesehen wird.

**Benno Koller (SVP)** möchte im **Konto 1300.3187** ein Kulturkonzept verzichten. Ein solches würde nichts bewirken, Veranstaltungen werden mit einem Konzept nicht besser. Er beantragt:  
*Dieses Konto für ein Kulturkonzept ist zu streichen.*

Einen weiteren Antrag stellt er zum **Konto 1300.3653**. Die SVP möchte auf einen Beitrag an die Lokremise verzichten. Die Stadt hat bereits einen Beitrag von knapp CHF 100'000 an das neue St. Galler Fussballstadion zugesichert. Er beantragt:

*Dieses Konto ist durch die Nichtbeteiligung an der Lokremise (CHF 40'000) auf CHF 60'000 zu reduzieren.*

**Karl Bürki (SP)** findet die CHF 400'000, welche Gossau für Kulturförderung aufwendet, bescheiden. Die Imageanalyse hat für Gossau einen Nachholbedarf im Bereich Kultur festgestellt. Die Lokremise ist für Gossau eine einmalige Gelegenheit zum Mitmachen. Gossau soll Solidarität zeigen und dem Beitrag zustimmen.

**Trudi Weibel (FLiG)** verweist ebenfalls auf die Imageanalyse. Mit Kultur füllt man sich nicht den Bauch, aber die Seele. Gossau hält immer wieder die Nähe zur Stadt St. Gallen als Pluspunkt hervor. Eine Ablehnung des Beitrages Lokremise wäre ein sehr schlechtes Signal an die Regionsgemeinden, welche ihrerseits den Walter Zoo unterstützen.

**Patrick Scheiwiler (CVP)** orientiert, dass die Vereinbarung mit den Regionsgemeinden für die Unterstützung des Walter Zoo im Jahre 2007 auslaufen wird. Wie würde Gossau dastehen, wenn die Lokremise nicht unterstützt würde?

**Roland Seiler (SVP)** gibt bekannt, dass die Stadt St. Gallen jährlich einen Beitrag von CHF 15'000 an den Walter Zoo leistet.

Für **Stadtrat Pius Keller** bedeutet Stadtentwicklung nicht nur Verkehr, sie bedeutet auch Kultur.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** weist darauf hin, dass viele Gemeinden den Beitrag an die Lokremise im Budget haben. In der Regel wird der jährliche Beitrag an das Stadttheater einmalig verdoppelt. Gossau liegt mit dem Beitrag von CHF 40'000 tiefer als die übrigen Gemeinden.

**Abstimmung über den Antrag 1300.3187 Kulturkonzept (- CHF 20'000)**

Der Streichungsantrag wird mit 7 Ja zu 23 Nein abgelehnt.

**Abstimmung über den Antrag 1300.3653 Lokremise (-CHF 40'000)**

Der Streichungsantrag wird mit 7 Ja zu 23 Nein abgelehnt.

**Hanspeter Fröhlich (FDP)** stellt zum **Konto 1376** keinen Antrag. Er findet indessen, dass der beantragte Einbau eines Kranliftes für CHF 6'000 Salamitaktik ist. Er will keine weiteren Investitionsanträge für die Markthalle. In der Bauvorlage sind CHF 44'000 als geplante Einnahmen enthalten, im Budget noch CHF 10'000.

**Stadtrat Alex Brühwiler** erläutert, dass die Einnahmen aus dem ersten halben Jahr rund CHF 10'000 betragen.

Auch **Roland Seiler (SVP)** ist der Betrag für die Nutzungsgebühren von CHF 10'000 aufgefallen. Er fragt sich, ob die Markthalle einem Bedürfnis entspricht. Er findet die Kreditfreigabe von CHF 6'000 für einen Kranlift als falsches Signal. Er beantragt:

*Das Konto 3141 ist mit dem Wegfall des Kranliftes um CHF 6'000 auf CHF 4'500 zu reduzieren.*

**Hans Züst (FDP)** kann mit dem Kranlift die Bewirtschaftung der Markthalle vereinfachen. Die Marktstände könnten neu in der Halle gelagert werden und müsste nicht mehr herumgefahren werden. Mit der Investition könnten Betriebskosten gespart werden.

**Stadtrat Pius Keller** fragt sich, ob der Streichungsantrag auch dann gestellt worden wäre, wenn der Kranlift nicht die Markthalle betreffen würde.

#### **Abstimmung über den Antrag 1300.3176 Kranlift (-CHF 6000)**

Der Streichungsantrag wird mit 6 Ja zu 22 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

**Patrick Scheiwiler (CVP)** fragt an, weshalb im **Konto 1377** der Aufwand für den Sonnensaal gestiegen ist, und wie lange der Mietvertrag dauert.

**Stadtpräsident Alex Brühwiler** hat die Antwort nicht bereit.

Zum **Konto 1541.3651** erkundigt sich **Marianne Federer (FLiG)**, ob der Beitrag von CHF 5'000 an den Ferienpass Pro Juventute im Budget enthalten ist.

**Stadtrat Paul Egger** bestätigt dies.

**Hans Ulrich Rusch (SVP)** stellt zum **Konto 1621** fest, dass für den Unterhalt von Strassen zu viel Geld ausgegeben wird. Strassen werden zu schnell erneuert, Reparaturen können hinausgeschoben werden. Er stellt folgende Anträge:

*Das Konto 3141 Reparaturen, Instandstellungen für Unterhalt Strassen und Brücken ist von CHF 266'100 auf CHF 200'000 zu reduzieren.*

*Das Konto 3651 Unterhaltsbeiträge für Gemeindestrassen ist von CHF 135'000 auf CHF 80'000 zu reduzieren.*

**Stadtrat Kurt Züblin** beziffert den Wiederbeschaffungswert der Strassen auf CHF 68 Mio. Als Plangrösse wäre für den Unterhalt jährlich CHF 2.26 Mio. aufzuwenden. Im Budget sind lediglich CHF 713'000 enthalten. Die Strassen dürften nicht verlottern. Mit dem Hinausschieben wird der Unterhalt nicht billiger.

**Hans Ulrich Rusch (SVP)** zeigt auf, dass der Antrag der SVP eine Kürzung um lediglich 15 % beinhaltet.

**Ruedi Zingg (CVP)** möchte weniger bei den Investitionen sparen, sondern vielmehr bei den jährlich wiederkehrenden Ausgaben. Er möchte das Sparpotenzial nach 5 Jahren Einheitsgemeinde nutzen und verlangt vom Stadtrat ein Konzept für den Umgang mit den Ressourcen. Daraus verspricht er sich Einsparungen von CHF 50'000 bis CHF 100'000.

#### **Abstimmung über den Antrag 1600.3141 (- CHF 66'100)**

Der Streichungsantrag wird mit 10 Ja zu 18 Nein bei 2 Enthaltungen abgelehnt.

**Abstimmung über den Antrag 1600.3651 (-CHF 55'000)**

Der Streichungsantrag wird mit 9 Ja zu 20 Nein bei einer Enthaltung abgelehnt.

**Detailberatung Finanzplan**

Keine Diskussion

**Abstimmung über den eingangs gestellten Antrag der SVP:**

*Die SVP-Fraktion beantragt dem Parlament, dass sämtliche Beträge, welche infolge durch das Parlament beschlossenen Kürzungen und Streichungen – inklusive des zu korrigierenden Zinsaufwandes bei Kürzungen und Streichungen in den Investitionsvorhaben – resultieren, vollumfänglich und zusätzlich zur geplanten Sonderabschreibung auf den Schulbauten hinzu gerechnet werden. Das budgetierte Defizit 2006 von CHF 1'171'890 bleibt somit unverändert.*

Der Antrag wird mit 28 Ja und 1 Nein bei einer Enthaltung angenommen.

(Hinweis: In der laufenden Rechnung Stadthaushalt sind keine Änderungen beschlossen worden. In der Investitionsrechnung Stadthaushalt sind Investitionen von CHF 1.13 Mio. gestrichen oder verschoben worden. Der Zinsaufwand 2006 dürfte rund CHF 20'000 tiefer ausfallen, der Minderaufwand bei den Abschreibungen entsteht erst 2007).

**Schlussabstimmung über die Anträge der Geschäftsprüfungskommission**

*Die Voranschläge des städtischen Haushaltes, der Stadtwerke und des Altersheims Espel für das Jahr 2006 seien unter Berücksichtigung der aus dem Parlament überwiesenen Anträge zu genehmigen.*

*Der Steuerfuss für das Jahr 2006 sei auf 127 % der einfachen Steuer festzusetzen.*

*Der Grundsteuersatz für das Jahr 2006 sei auf 0,6 Promille festzusetzen.*

*Die Feuerwehrabgabe sei nach dem kantonalen Tarif zu erheben und soll höchstens CHF 200 betragen.*

Die Anträge der Geschäftsprüfungskommission werden mit 30 Ja zu 0 Nein angenommen.

**07.02 Neue Parlamentarische Vorstösse**

Einfache Anfrage Thomas Hürlimann (CVP) und Stefan Lenherr (CVP) „Aufhebung Intercity-Halt in Gossau / Halb-Stunden Takt für Gossau“

Der Präsident verabschiedet Thomas Hürlimann (CVP), welcher wegen seinem Wegzug nach St.Gallen per Ende 2005 aus dem Stadtparlament zurücktreten wird.

Dieses Protokoll wurde vom Präsidium am 13. Dezember 2005 genehmigt.

Urs Kempfer  
Präsident

Toni Inauen  
Stadtschreiber